

Kein Anschluss unter dieser NUMMER



Manuel Barth,
Gewerkschafter
und Personalrat
der Berliner
Feuerwehr

In Berlin zeigt sich, was passiert, wenn Rettungsdienst und Feuerwehr völlig überlastet sind. Vollerorts droht der Zusammenbruch, Unfallopfer können sich kaum noch auf die Helfer verlassen. Über einen Beruf am Limit

Es ist unerwartet still im Herzstück der Feuerwache in Berlin-Mitte, nur wenige Meter entfernt vom Alexanderplatz. Fünf Paar Schuhe liegen verteilt auf dem kalten Betonboden des Spritzenhauses. Beinahe alle Fahrzeuge sind im Einsatz. Nur ganz am Rand der im Dunklen liegenden Halle steht noch ein Wagen: Eines der weltweit ersten elektrisch betriebenen Feuerwehrautos – ein Berliner Prestigeobjekt – hängt an der

Ladesäule. Auch die Flure des fünfstöckigen Gebäudes sind verwaist. Im Pausenraum hat jemand vergessen, das Licht auszuschalten.

VON JAN KLAUTH

„Eigentlich könnten wir die Fläche neu vermieten“, sagt Manuel Barth, nur halb im Scherz. Dass die Wache wie leer gefegt ist, weil alle Kräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes, die hier arbeiten, im Dauereinsatz sind, sei Alltag. „Der Ausnahmezustand ist zum Normalzustand geworden“, sagt Barth, der Personalrat und Gewerkschafter bei der Feuerwehr ist. Mehr als zwei Jahrzehnte lang rückte er zu Notfällen aus, heute nimmt er tageweise noch Anrufe in der Leitstelle entgegen.

An die Schicht, in der die Situation „eskaliert“ ist, kann sich Barth gut erinnern: Samstag, der 25. Juni dieses Jahres, eine warme Sommernacht. Von einem „Albtraum“ spricht der 51-Jährige mit Kinnbart, Brille und kräftigen Armen in der Rückschau. 16 Stunden lang dauerte der „Ausnahmezustand“, so die offizielle Bezeichnung. Der tritt ein, wenn die Rettungswagen zu mindestens 80 Prozent ausgelastet sind und nicht mehr innerhalb von zehn Minuten zum Einsatz kommen. In der Hauptstadt geschah das 2022 mehr als 300-mal – eigentlich täglich, meist aber für wenige Stunden. Schon 2019 attestierte der Rechnungshof „bedingte Einsatzfähigkeit“. Das Problem mag in Berlin besonders krass sein, doch die Entwicklung ist eine bundesweite. So zeigt eine Umfrage von WELT AM SONNTAG unter den zehn größten Städten des Landes, dass vielerorts eine Überlastung droht.

Um zu untermauern, welche Konsequenzen dieser „Ausnahmezustand“ für die Bevölkerung hat, zückt Barth sein Handy und scrollt durch die „Fire“-App. Insgesamt 133 aktuell erforderliche Einsätze im Stadtgebiet meldet das System – 20 davon wurden bislang noch nicht angefahren. „Kein einziger sollte es sein“, sagt der Gewerkschafter mit Nachdruck. So meldet „Fire“ beispielsweise für einen Notruf im Stadtteil Mahlsdorf: „unbekannter Zustand mit Herzbeschwerden“. Seit sechs Minuten ist das Telefonat beendet, doch niemand kann den Einsatz übernehmen. Ebenfalls seit sechs Minuten ohne Reaktion: „Fahrzeug gegen Fußgänger“. Barth legt das Handy beiseite und atmet schwer aus. „Mich würde nicht wundern, wenn bereits Menschen gestorben sind, weil kein Rettungswagen verfügbar war.“

Knapp 48 Stunden nach dem Gespräch mit Barth ereignet sich im Südwesten Berlins ein schlimmer Unfall, der die Überlastung des Rettungsdienstes bundesweit zum Thema macht. Zwei Mädchen, 14 und 15 Jahre alt, laufen im Dunkeln wohl bei Rot über die Straße. Ein 16-Tonnen-schwerer Doppeldeckerbus der Linie M82 erfasst die Jugendlichen, klemmt sie ein und schleift sie mehrere Meter mit. Nach knapp zehn Minuten ist ein Notarzt vor Ort. Erst nach 20 Minuten trifft ein Rettungswagen ein. Später folgen weitere Fahrzeuge, deren Besatzungen den Bus schließlich per Hydraulik anheben können. Eines der Mädchen kann dadurch schwer verletzt gerettet werden, das andere stirbt. „Der Unfall ist besonders tragisch und sorgt für große Aufmerksamkeit.“

Aber die Tatsache, dass Rettungsmittel erstmal gar nicht oder mit großer Verspätung eintreffen, ist leider Alltag“, sagt Barth.

Knappes Personal ist eine Sache, doch die Gründe, warum die Situation nicht nur in Berlin zu kippen droht, sind vielfältig. Denn tatsächlich verdoppelte sich die Zahl der bundesweit Beschäftigten im Rettungsdienst zwischen 2012 und 2021 beinahe – von rund 43.550 auf knapp 80.000. „Mehr Einsatzkräfte mögen helfen, aber seit Jahren wird vermieden, die wirklichen Ursachen dieses kranken Systems zu bekämpfen“, sagt Marco König, Vorsitzender des Berufsverbands Rettungsdienst (DBRD) gegenüber WELT AM SONNTAG.

Wenig später trifft König Politiker zum Gespräch im Bundestag – wieder einmal. Schon lange fordert er, den Rettungsdienst bei Gesetzesvorhaben innerhalb der Notfallversorgung stärker zu berücksichtigen. „In der Corona-Krise richteten sich viele Augen auf das Gesundheitssystem. Aber der Rettungsdienst fand wenig Beachtung, seitdem hat sich kaum etwas verbessert.“ Da sei es kein Wunder, dass jeder zweite Azubi im Rettungsdienst nur noch fünf bis zehn Jahre im Beruf bleibe, meint König. Diese Zahlen gehen aus einer Erhebung der Gesellschaft für Rettungswissenschaften hervor. Ein Grund für die „Berufsfucht“, von der König spricht, ist Geld. Neben der „rechtlichen Handlungsunsicherheit“ sind die zwei meistgenannten Gründe für die Aufgabe des Berufs laut einer DBRD-Umfrage zu geringe Aufstiegsmöglichkeiten und zu wenig Gehalt. Dazu kommt, dass laut König die Gehälter im Osten bis zu 30 Prozent unter denen im Westen liegen.

Nächstes Problem: die „Vollkasko-Mentalität“, wie König es nennt. So stieg allein in Berlin die Anzahl der jährlichen Rettungseinsätze von 2013 bis 2021 von rund 305.000 auf 425.000 – mit wachsendem Anteil an Bagatelldfällen. „Zu jedem Notruf mit eingerissenem Fingernagel oder mit Bauchschmerzen fährt ein Rettungswagen“, moniert Alexander Herrmann. Der CDU-Politiker aus Berlin-Marzahn ist selbst bei der freiwilligen Feuerwehr und will das Thema bei der anstehenden Neuwahl in der Hauptstadt auf den Tisch bringen. „Nicht akute Fälle müssten in einer gemeinsamen Leitstelle von vornherein an andere Ansprechpartner weitergeleitet werden.“

Besser sei es in Niederösterreich, sagt Herrmann. Dort sind alle Alarmzentralen in einem System zusammengeschlossen. „Es wird mittels Abfrage am Telefon viel gezielter entschieden: Braucht der Anrufer einen Arzttermin, ein paar warme Worte – oder muss tatsächlich ein Sanitäter oder gar Notarzt ausrücken.“ In Deutschland hingegen wird oft strikt nach Abfrageprotokoll gearbeitet. „Das wurde von Ärzten entwickelt, die auf maximale juristische Sicherheit drängen“, schimpft Verbandschef König. In der Praxis würden deshalb viel zu oft Rettungswagen oder gar der Notarzt ausrücken.

„Sanitäter dürfen oft nicht anwenden, was sie gelernt haben. Stattdessen wird der Notarzt gerufen“, sagt König. Nötig sei eine bessere rechtliche Absicherung für Rettungswagenbesatzungen. „Denn nur zehn bis 15 Prozent aller Notarzt-Einsätze sind wirklich nötig. Ein Elektroniker ruft ja auch nicht den Ingenieur, um eine Steckdose einzubauen.“

In der Folge landeten Bagatelldfälle in den Kliniken. „Und dort verstopfen die Notaufnahmen“, sagt König. Helfen könnte die Vernetzung des Notrufs und der ärztlichen Bereitschaftshotline. „Oft wird 112 gewählt, weil der Hausarzt, der Notdienst oder das Gesundheitsamt nicht erreichbar sind.“ Die Konsequenz: Sanitäter mit mehrjähriger Ausbildung arbeiten unter ihrer Qualifikation. „Manche Kollegen kommen sich vor, als wären sie Taxifahrer, das frustriert extrem“, sagt Gewerkschafter Barth.

Vergangenes Wochenende brennt es vor dem Berliner Rathaus. Das Feuer gelegt haben Einsatzkräfte. Aus einer Tonne lodern Flammen. „Berlin brennt“ ist in den Stahl eingeritzt – mit derselben Tonne standen Feuerwehrleute hier bereits vor vier Jahren und demonstrierten gegen den drohenden Kollaps. Neben einer höheren Feuerwehrzulage fordern auch sie mehr individuelle Entscheidungsfreiheit in der Zentrale. „2021 sind im Vergleich zum Jahr 2008 die eingegangenen Notrufe sogar um 0,6 Prozent gesunken. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Einsätze allerdings um mehr als 50 Prozent“, sagt Andreas Hain, der den Verein „Berlin Brennt“ mitgegründet hat. Die Zahlen zeigten, dass durch striktes Befolgen des seit rund zehn Jahren geltenden Standard-Protokolls die Zahl der Einsätze nach oben geschneit sei – obwohl viele keine echten Notfälle seien. „Viele Kollegen sind ausgebrannt, geben den Beruf auf oder wechseln in Gegenden, wo die Belastung geringer ist.“

Drinne im Rathaus treffen sich wiederum ein paar Tage später Berlins Bürgermeisterin Franziska Giffey, Innensenatorin Iris Spranger (beide SPD) und Gesundheitssenatorin Ulrike Gote (Grüne). Monatlang wurde in der Berliner Politik über das Thema gestritten, nun wird versucht, die Konflikte herunterzuspielen. Die drei sprechen von „gemeinsamen Lösungen“ und „gezielter Hilfe“. In Ausnahmefällen sollen ab sofort auch Rettungssanitäter einen Notarzt im Einsatz begleiten können – normalerweise ist ein höher qualifizierter Notfallsanitäter Pflicht. Zudem soll die Rolle des Landesbranddirektors gestärkt werden, der über die Besetzung von Wagen entscheiden kann, indem er von den strengen Gesetzen abweicht. Insbesondere die Grünen sperrten sich lange gegen eine Aufweichung der Vorgaben – man sorgte sich um die Qualität der Versorgung. Eine „Korrektur an einer Fehlkonstruktion, aber kein großer Wurf“, sagt Hain zu diesen Beschlüssen. Lokalpolitiker Herrmann spricht vom „ersten Schritt“.

Doch nun steht erst einmal Silvester vor der Tür. „Die Nacht der Nächte“, wie ein Sprecher der Berliner Feuerwehr sagt. Die Bilanz des vergangenen Jahreswechsels: 1026 Einsätze der Feuerwehr, 755 Rettungsdienstseinsätze und 219 Brände. Und als wäre die Truppe nicht schon auf Kante genäht, fehlt jetzt auch noch eines der Löschfahrzeuge. Ausgerechnet das Elektroauto, das 1,8 Millionen Euro teure Vorzeigeprojekt der Regierung, ist Schrott. Nur wenige Meter entfernt von der Wache in der Voltairestraße ist der Wagen mit einem Mercedes zusammengeknackt. Fotos zeigen die aufgerissene Front des Löschfahrzeugs. Wann der Wagen wieder fahren kann, ist unklar. Der Ausnahmezustand bleibt Normalzustand – bis auf Weiteres.